

Donnerstag, 15. August 2019

Missbrauchte Kunst

Unbekannte behängen ein Kunstwerk in Liestal mit einem patriotischen Spruchband. Im Kontext zum Standort scheint die Botschaft klar.

Benjamin Wieland

Kunst zum Anschauen, zum Anfassen – und offenbar auch zum Zweckentfremden. Ein Jahr lang stehen 18 Kunstwerke entlang des Schönthal-Tunnels zwischen Liestal, Frenkendorf und Füllinsdorf. Eines der gezeigten Objekte ist der «Baselbieter Triumphbogen», ein Tor, gebaut aus drei Metallcontainern. Der Bogen soll den Siegeszug der Globalisierung darstellen. Unbekannte benutzen die Behälter jedoch als Projektionsfläche für ihre Propaganda. Um den 1. August herum wurde am oberen Behälter der Schriftzug «Schweiz zuerst» aufgehängt.

Es war bereits das dritte Mal, dass das Metalltor für politische Botschaften zweckentfremdet wurde. Dabei war die Vernissage zur Freilichtausstellung «Visionen 19», zu welcher der Triumphbogen gehört, doch erst am 11. Mai.

Schweizerkreuze und zwei gespiegelte Runen

Die Organisatoren entfernten das Schriftband nach kurzer Zeit. Doch beim Künstler Daniel Gaemperle sitzt der Frust tief. «Die Gründe, warum immer wieder mein Werk für solche rechtspopulistischen Sprüche ausgewählt wird, kenne ich nicht», schreibt der Kunstmaler, der in Kleinlützel wohnt, auf Anfrage der bz. Er empfinde die Instrumentalisierung seiner Arbeit als «sehr störend, übergriffig und etwas infantil».

Den Schriftzug publik gemacht hat ein Mitglied der Facebook-Gruppe «Liestal vernetzt». Auf einem weiteren Foto ist eine Mauer zu sehen, auf der zwei Schweizerkreuze und zwei gespiegelte Runen angebracht worden sind. Bei den Runen handelt es sich wohl um das Zeichen Raidho. Es steht



Vorne der «Triumphbogen», im Hintergrund die Installation «Flagge zeigen»: Von ihr fühlen sich selbst ernannte Patrioten offenbar provoziert.

Bild: Kenneth Nars (14. August 2019)



Bogen mit Banner. Bild: Facebook

für Feuer, Luft und Thor, Gott des Donners. Die Schweizerkreuze und Runen dürften schon etwas älter sein. Man kann sie auf Fotos der «Visionen 19»-Vernissage erkennen.

105 Flaggen symbolisieren friedliches Miteinander

Die Baselbieter Polizei teilt auf Anfrage mit, es sei keine Anzeige wegen Sachbeschädigung oder anderen Vorfällen im Zusammenhang mit dem Kunstwerk eingegangen.

Die unbekannt Täter schaffte störte sich wohl weniger am «Triumphbogen» und seiner

Botschaft. Doch nicht weit vom Bogen steht ein Werk, das kleingeistige Gemüter durchaus provozieren könnte. Es heisst «Flagge zeigen» und

«Ich empfinde diese Instrumentalisierung als sehr störend, übergriffig und etwas infantil.»

Daniel Gaemperle
Schöpfer des «Triumphbogens»

geht auf die gemischte Bewohnerschaft des Fraumatt-Quartiers ein. Im Norden Liestals liegt der Ausländeranteil bei 52 Prozent. An einem der drei Fraumatt-Hochhäuser wurden 105 Flaggen von Ländern und internationalen Organisationen angebracht. Künstler Christoph Flückiger will so sichtbar machen, dass im Fraumatt multikulturelles Zusammenleben Realität ist. Diese Intention entspricht ganz dem Geist von «Visionen 19»: Die Ausstellung will Denkmäler zur Bewältigung von künftigen Aufgaben liefern, ei-

ne davon: Migration. Nebst den Flaggen sind auch Schriftzüge zu sehen: «all together», «alle zusammen» und «mir», russisch für Frieden.

Christoph Flückiger kann zu seiner Installation keine Auskunft mehr erteilen. Der Birsfelder starb 2018. Die Flaggen an den Balkonen angebracht hat Kitty Schaertlin, Mitinhaberin des Unternehmens, das für «Visionen 19» verantwortlich zeichnet. Sie sagt: «Für uns als Organisatoren ist es mühsam und stossend, dass die Kunstwerke für politische Propaganda erhalten müssen.»

Fahne soll wieder an Schleifenberg

Liestal Der Aufschrei zeigt Wirkung. Die Schweizerfahne, die am Schleifenberg abgehängt wurde, könnte bald wieder an ihren Platz zurückkehren. Die Bürgergemeinde als Waldbesitzerin am Liestaler Hausberg habe ein entsprechendes Gesuch bei der Stadt eingereicht. Das sagt Liestals Stadtpräsident Daniel Spinnler zum «Regionaljournal Basel» von SRF. «Die Fahne ist Ausdruck des Schweizer Bundesstaates, daher hängt sie durchaus an einem guten Ort.»

Die Fahne wurde anlässlich des 1. Augusts 2013 ohne Bewilligung über den Felsen gespannt. Bisher hatte das keinen gestört. Doch eine Anfrage brachte den Stein ins Rollen. Fazit: Die Fahne verstösst gegen kommunale Vorschriften und Reglemente. Jetzt beurteilt die Stadt den Fall neu. Und gibt es keine Einsprachen, wird die Schweizerfahne bald wieder den Berg zieren. (zam)

U-Abo: Olten bleibt aussen vor

Das Gebiet des Tarifverbands Nordwestschweiz wird nicht nach Südosten ausgedehnt.

Zur Forderung, das U-Abo des Tarifverbands Nordwestschweiz (TNW) bis Olten für gültig zu erklären, hat sich die Baselbieter Regierung einmal mehr geäussert. Sie lehnt das Anliegen ab, das SVP-Landrätin Susanne Strub (Häfelfingen) in einer Motion kundgetan hat. Strub reichte ihren Vorstoss Ende November 2017 ein, unmittelbar nach der Volksabstimmung, die deutlich für den Erhalt der S9 ausgefallen war. Im März 2018 überwies das Kantonsparlament die Motion als weniger verbindliches Postulat.

Die Idee ist nicht neu: In der Vergangenheit sind schon mehrere Vorstösse zu diesem Thema geprüft worden. Die Regierung stützt sich in ihrer neuesten Antwort auf die Argumente des TNW-Vorstands. Denn es liegt in der Kompetenz des TNW, das Verbundgebiet

zu erweitern. Für eine Anpassung müssen alle Verbundpartner zustimmen; das sind fünf Transportunternehmen und ebenso viele Kantone.

«Eine Ausweitung der Gültigkeit bis Olten nur auf die S9 könnte als Präjudiz gelten und weitere Forderungen wie die Gültigkeit auch auf der Haussteinlinie S3 nach sich ziehen», wird begründet. Sie müsste mit einer «markanten» Preiserhöhung des U-Abos einhergehen, weil der TNW auch die Ertragsausfälle beim Fernverkehr kompensieren müsste. Der TNW-Vorstand meint weiter, dass eine solche Preiserhöhung zurzeit kaum durchsetzbar wäre und zur Folge hätte, dass sich das U-Abo für viele Kundinnen und Kunden nicht mehr lohnte.

Zudem würde die Ausweitung der Gültigkeit bis Olten bloss fürs Läufeingerli zur Kundenfalle. So müsste es für

die Strecke Sissach-Olten neu zwei unterschiedliche Tickets mit unterschiedlichen Preisen und Gültigkeiten geben, heisst es in der Stellungnahme der Regierung. Aufgrund der Einschätzungen des TNW-Vorstands, der diese Erweiterung des Geltungsbereichs ablehnt, beantragt die Regierung dem Landrat, das Postulat abzuschreiben.

Fahrplan nach Pendlerströmen

Dennoch gibt es positive Nachrichten für die Benutzer der S9-Linie: Um das Läufeingerli zu stärken und das Angebot attraktiver zu gestalten, ist die geforderte Drehung des Grundtakts um eine halbe Stunde und die damit gewünschte bessere Einbindung der S9 in den Knoten Olten im Optimierungsprozess für den Ausbauschritt 2025 nach wie

vor in Prüfung. Trotzdem wird bereits mit dem Fahrplanwechsel im kommenden Dezember ein Teil des angestrebten neuen Fahrplans eingeführt. Will heissen: Die S9 führt in Sissach jeweils zur vollen Stunde ab, in Olten jeweils zur halben Stunde. Dies schreibt die Regierung in ihrer Antwort auf einen weiteren Vorstoss.

Dieser Fahrplan gemäss Pendlerströmen – der Wechsel der Lastrichtung erfolgt mittags – bietet morgens aus dem Homburgertal gute Anschlüsse an die Fernverkehrszüge in Olten und Sissach sowie abends von den Fernverkehrszügen ab Olten und Sissach ins Homburgertal. Die Einführung eines Halbstundentakts auf der Läufeingerli-Linie ist laut Baselbieter Regierung geprüft, jedoch verworfen worden.

Simon Tschopp

Polizeien wollen Daten austauschen

Verbrechen Die Baselbieter Regierung hat eine interkantonale Vereinbarung zur Kriminalitätsbekämpfung in die Vernehmlassung gegeben. Diese soll den polizeilichen elektronischen Datenaustausch regeln.

Mit vereinfachtem Datenaustausch sollen «Verbrechensmuster ohne bürokratische Verzögerung über die Kantons Grenzen hinweg erkannt werden», schreibt die Regierung. Bei dieser Vereinbarung im Rahmen des Polizeikonkordats Nordwestschweiz sei die Baselbieter Polizei federführend. Vorgesehen ist die Verknüpfung von Datenbanken und Analysetools.

Idealerweise würden die «Datenbanken vereinigt und interkantonal betrieben». Eines der Tools ist das umstrittene «Precobs», das aus Deliktstatistiken Prognosen ableitet. Bis zum 30. November kann man zur geplanten Vereinbarung Stellung nehmen. (sda)